

# Der Schulmarkt birgt sozialen Zündstoff

In Schweden können Eltern und Kinder zwischen privaten und kommunalen Schulen wählen – zahlen tut der Staat

INGRID MEISSL ÅREBO, LINKÖPING

«Was ich an meiner Schule nicht mag? Das Essen», sagt die Sechstklässlerin Latifa ohne langes Überlegen, während sie herzhafte in einen roten Apfel beisst. «Aber wir haben ja Apfelbäume auf dem Pausenhof.» Ebenfalls wie aus der Pistole geschossen kommt ihre Antwort auf die Vorzüge: «Wir lernen unheimlich viel, bekommen viele Noten und haben klare Ziele.» Ihre Freundin Shahd findet die Lehrer sehr nett und mag es, dass Ruhe und Ordnung im Klassenzimmer herrschen. Auch der ein Jahr ältere Simon mag die Disziplin: «Es ist streng hier, aber auf eine gute Art – in einer so grossen Schule braucht es Regeln.»

## Weltweit einmaliges Experiment

Latifa, Shahd und Simon sind 3 von 700 Viert- bis Neuntklässlern der Englischen Schule in Linköping, die zur nationalen Gruppe International English School (IES) gehört. Dank zweisprachigem Unterricht und einem Fokus auf Lernerfolg und Disziplin ist die IES eines der beliebtesten Schulunternehmen; es unterrichtet landesweit gegen 32 000 Kinder. 1993 gegründet, war die English School eine der ersten sogenannten freien Schulen, die durch die öffentliche Hand finanziert werden. Von den Eltern dürfen sie kein Schulgeld verlangen.

Schwedens 1992 lanciertes Konkurrenzmodell kommunaler und freier Schulen, die alle dem nationalen Lehrplan folgen müssen, ist weltweit einmalig. Das Land setzte die vom einflussreichen amerikanischen Ökonomen Milton Friedman skizzierte Idee von Bildungs-Vouchern, die die Kinder wie Kinogutscheine an einer Schule ihrer Wahl einlösen können, in die Praxis um. Die Liberalisierungswelle, die auch das Gesundheitswesen erfasste, sollte Schwedens aufgeblähten Wohlfahrtsstaat entschlacken. Vom Wettbewerb erhoffte man sich bessere Lernresultate zu tieferen Kosten.

Jahrzehnte später hat die Realität die wildesten Träume der Reformen übertrifft. Heute besuchen 180 000 Kinder nichtkommunale Primarschulen, das entspricht einem Anteil von 15 Prozent. Die freien Gymnasien unterrichten gar einen Drittel der Mittelschülerinnen und -schüler. Und: 60 Prozent der freien Grundschulen und neun von zehn freien Gymnasien gehören gewinnorientierten Aktiengesellschaften, der Rest entfällt auf Stiftungen, Vereine und religiöse Gruppen. Die Ausbildung ist dadurch nicht besser geworden: Gemäss den internationalen Pisa-Vergleichsstudien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat der Schulwettbewerb dem Land nicht zum erwünschten Qualitätsschub verholfen – im Gegenteil.

## Wachsende Segregation

Schwedens Schulexperiment ist damit zu einem politischen Dauerbrenner geworden. Sowohl die über Jahrzehnte hinweg regierenden Sozialdemokraten, die die Deregulierung vorgespurt hatten, wie auch die Bürgerlichen, die den Systemwechsel vollzogen, sind heute ernüchtert. Im Fokus der Kritik stehen die Gewinne der Privatschulen, die Notendurchschnitte, die landesweit eine Tendenz nach oben aufweisen, und die «freie Schulwahl».

Letztgenannte ist nicht ganz so frei, wie der Name es suggeriert. Während kommunale Schulen Kindern aus ihrem Einzugsgebiet einen Platz garantieren müssen, können freie Schulen eigene Aufnahmekriterien erlassen, es kommt zu Wartelisten. Bei der von einer Stiftung betriebenen Stockholmer Privatschule Campus Manilla etwa standen letztes Jahr 11 000 Kinder Schlange; die gefragte Schule unterrichtet aber nur gut 500 Grundschülerinnen und -schüler, unter ihnen die Kinder von Kronprinzessin Victoria.

Für viele bildungsnahe Eltern in den Grossstädten ist die Schulwahl schon



Viele Gymnasien in Schweden gehören gewinnorientierten Aktiengesellschaften. Die Ostra-Realschule in Stockholm (Bild) aber ist eine öffentliche Schule. MARTIN VON KROGH / GETTY

ein Thema, bevor ihr Nachwuchs laufen kann. Wer bei populären Privatschulen eine Chance haben will, muss die Kids im Babyalter anmelden. Wer hingegen mit älteren Kindern zuzieht, sich spät oder gar nicht um die Schulwahl kümmert, hat mit den kommunalen Schulen vorliebzunehmen. Dies ist allerdings kein Problem, sehr viele öffentliche Schulen sind ausgezeichnet. Problematisch ist es aber in Quartieren mit vielen Einwanderern. Mangelnde Sprachkenntnisse und soziale Probleme lenken vom Schulstoff ab und drücken die Noten; der schlechte Ruf der Schule schreckt qualifiziertes Lehrpersonal ab, was zu einem Teufelskreis führt.

Das staatliche Schulamt, Bildungsforscher und die OECD kritisieren, dass Schwedens freie Schulwahl die Segregation fördere. Wie eine faire, sozial ausgleichende Schulwahl aussehen müsste, ist umstritten – weder die Auslosung von Plätzen noch eine bewusste Durchmischung der Klassen sind politisch mehrheitsfähig. Im Juni lehnte das Parlament einen Vorschlag ab, der es Privatschulen verboten hätte, die Länge der Wartezeit als Aufnahmekriterium anzuwenden.

## Mobiltelefone verboten

Auch die Englische Schule in Linköping führt eine Warteliste. Für die kommende vierte Klasse stehen rund 300 Kinder Schlange – Platz hat es nur für knapp 100. Der Rektor Henrik Svärd betont jedoch, dass es derzeit in den meisten Jahrgängen ein paar freie Stühle habe. Der Markt in Linköping sei sehr umkämpft, den Privatschulen stehe eine Vielzahl starker kommunaler Schulen gegenüber, die sich mit vertieftem Sprach- oder Mathe-Unterricht oder Musikklassen profilierten. Zudem will die Stadt, dass mehr Eltern und Schüler vom Wahlrecht Gebrauch machen: Alle Sechstklässler müssen vor dem Übertritt in die Oberstufe fünf Schulen wählen. Die Plätze werden nach einem ausgeklügelten Schlüssel verteilt, wobei das Näheprinzip Vorrang hat. Doch viele Kinder pendeln täglich quer durch die Stadt.

Das gängige Bild, wonach Privatschulen eher von ethnischen Schweden besucht werden, straft Svärds Schule Lügen. Hier werden über vierzig Mutter-

sprachen gesprochen, sieben von zehn Schülern haben ausländische Wurzeln, und viele Eltern sind laut dem Rektor nicht Akademiker. Tatsächlich präsentiert sich der parkähnliche Pausenhof als buntes Kaleidoskop von Kindern aller Haar- und Hautfarben. Nur etwas fehlt: Mobiltelefone. Diese sind im Schulalltag ebenso verboten wie Kaugummis, Baseball-Caps, zu kurze Jupes und das Rennen durch die Gänge.

Und noch eine Regel gibt es: Das Lehrpersonal wird nicht mit dem Vornamen angesprochen, sondern mit Mister und Miss – ein Anachronismus in dem Land, dessen Bewohner seit über fünf Jahrzehnten per Du sind. Was den Notendurchschnitt und den Anteil Neuntklässler mit einem gültigen Abschlusszeugnis betrifft, liegt Henrik Svärds Schule zwar über dem Durchschnitt, zu den allerbesten des Landes, wie viele IES-Schulen, gehört sie jedoch nicht.

## Heiss umstrittene Profite

Am meisten Zündstoff birgt jedoch die Frage der Gewinne. Nach Berechnung des schwedischen Fernsehens haben die vier grössten privaten Schulkonzerne in den vergangenen vier Jahren rund 420 Millionen Franken verdient; nicht wenig dieser Profite floss als Dividenden an die teilweise ausländischen Eigentümer. Ganz anders in Estland, das ebenfalls öffentlich finanzierte Privatschulen zulässt: Dort sind die Besitzer verpflichtet, Gewinne in den Schulbetrieb zu reinvestieren. Doch selbst ohne Dividenden können sich die Eigentümer eine goldene Nase verdienen.

Vor einigen Jahren sorgte die IES-Gründerin für Schlagzeilen, als sie mit dem Verkauf der Aktienmehrheit an einen Risikokapitalfonds einen zweistelligen Millionengewinn einstrich. Die Pläne von Schwedens Links-Grünen, die Schule zu verstaatlichen oder zumindest Profite zu verbieten, sind nach deren Wahlniederlage vom Tisch. Die neue bürgerliche Koalition will es gemäss dem druckfrischen Regierungsprogramm lediglich verbieten, dass Privatschulen «in den ersten Jahren» nach einer Neugründung oder einem Eigentümerwechsel Gewinne ausschütten.

Der IES-Rektor Svärd relativiert das Bild vom Milliardengeschäft Privat-

schule: Er peile eine bescheidene Gewinnmarge von 3 bis 4 Prozent an – angesichts hoher Fixkosten wie Miete und Personal sei der Spielraum nicht grösser. Flexibilität besteht auf der Einnahmenseite, wo mehr Schüler mehr Einnahmen brächten: «Die Warteschlange ist unser finanzieller Puffer.» Laut einer neueren Untersuchung ist die Lehrerdichte an Schwedens freien Schulen etwas geringer als an kommunalen Schulen. Letztere zahlen zudem höhere Löhne und verfügen über mehr Personal mit pädagogischer Ausbildung; das ist Wasser auf die Mühlen der Freischulgegner.

Unter Generalkritik steht auch das Schulgeld. Obwohl kommunale Schulen einen umfassenderen Auftrag haben als freie Bildungsstätten – sie müssen nicht nur allen Kindern Platz bieten, sondern haben meist auch einen grösseren Betreuungsaufwand –, werden sie dafür nicht entschädigt. Zudem schwankt die Höhe des Schulgelds beträchtlich. Einigen Gemeinden ist die Ausbildung der Kinder fast doppelt so viel wert wie anderen. Die neue Regierung will nun das Finanzierungsmodell landesweit normieren. Den Rektor Henrik Svärd plagen derweil andere Sorgen: der akute Lehrermangel. Zumindest hier spielt die Eigentümerfrage keine Rolle, schreien doch öffentliche und private Schulen gleichermaßen nach Lehrkräften.

Im Gegensatz zu den Politikern haben viele Betroffene eine pragmatischere Sicht auf die Schulfrage. Eltern wählen die Schule selten nach ideologischen Kriterien – für sie ist zentral, dass sich die Kinder wohlfühlen, etwas lernen und gute Lehrer haben. Mundpropaganda, Informationsabende und Statistiken zu Lehrerdichte, Schülerzufriedenheit und Notendurchschnitt können helfen. Oft ist aber das Bauchgefühl ausschlaggebend, so bei Jacob (Name geändert). Als der begabte Fünftklässler in der Dorfschule gemobbt wurde, suchten die Eltern nach Alternativen. Ihre Wahl fiel auf eine familiäre Schule in der Nachbarstadt, die kleine Klassen führt und in der ihr Sohn sich sofort wohlfühlte. Dass es sich um eine Freischule von der börsenkotierten Academia, Schwedens grösstem Bildungskonzern, handelte, war sekundär, wie die Mutter erzählt. Jacobs Schulwechsel hätten sie keine Sekunde bereut.

**Kommunale Schulen müssen alle Kinder aufnehmen und haben einen grösseren Betreuungsaufwand – dafür werden sie nicht entschädigt.**